

Ärzteschaft des Altkreises Niesky  
im Niederschlesischen Oberlausitzkreis  
Kreisärztekammer

KV Sachsen  
Bezirksverwaltung Dresden  
z. Hd. Herrn Dr. Baumann  
Schützenhöhe 12  
01076 Dresden

**Mit der Bitte um Weiterleitung  
an die AOK Sachsen,  
Regierungsbezirk Dresden,  
an den Landesverband der VdAK  
sowie an die Ärztekammer,  
Ausschuß ambulante Versorgung  
und den Hausärztetag Oybin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Betroffenheit müssen wir feststellen, daß es trotz Budgetierung mit nachfolgender Mengenbegrenzung zu einem weiteren Umsatzverlust in allen Fachbereichen gekommen ist. Die von der KV erläuterten Ursachen sind für uns nicht akzeptabel, zum Beispiel Mitgliederschwind, Risikostrukturausgleich usw. Es zeigt sich zunehmend, daß die Leistungserbringer an der Basis mit ihrer zwölfstündigen Präsenzpflicht und Absicherung der Notdienste, zunehmender Versorgung Schwerstkranker sowie Übernahme zusätzlicher Versorgungsaufgaben durch Verlagerung aus der sta-

tionären Betreuung in den ambulanten Bereich Ziel und Opfer der verfehlten Sparpolitik sind.

Viele Kollegen sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Leistungen, die mit „westlichen“ Investitionskosten finanziert werden, werden mit „östlichen“ Punktwerten bezahlt.

Die Krankenkassen suggerieren ihren Mitgliedern eine Vollversorgung und einen unbegrenzten Leistungsanspruch, sind aber nicht bereit, diesen zu finanzieren.

Aus diesem Sachstand ergeben sich für uns folgende Schlußfolgerungen und Forderungen:

1. Der prozentuale Anteil der Finanzmittel der Kassen für die ambulante Versorgung muß auf Westniveau angehoben werden.
2. Mit dem Budget wurde uns ein stabiler Punktwert mit kalkulierbarer, betriebswirtschaftlicher Größe versprochen. Die Realität sieht ganz anders aus.
3. Ein völliger Widerspruch ergibt sich aus steigenden Verwaltungskosten und 100 %igen Gehaltszahlungen an Mitarbeiter der Krankenkassen und der KV bei sinkenden Mitgliederzahlen der Kassen und Honorarverkürzungen bei der ambulanten Versorgung. Wir

fordern Ankopplung auch dieser Kosten und Gehälter sowie des Punktwertes für ärztliche Leistungen an die Beitragseinnahmen der Krankenkassen und Ausgaben für die ambulante Versorgung. Somit sollte auch für die Verwaltungsebene prozentual gesehen nicht mehr Geld zur Verfügung stehen als für die Leistungserbringer.

4. In Zeiten sinkender Honorierung ärztlicher Leistungen ist uns der Plan der Krankenkassen und Politiker, die Beitragssätze der Krankenkassen zu senken und die Zuzahlungsregelung für Arzneimittel zurückzunehmen, unverständlich.

5. Die durch den Chipkarten-Mißbrauch, der von den Krankenkassen toleriert wird, verursachten Mehrkosten in Höhe von geschätzten 3 Mrd. DM/Jahr, ebenso wie das Versicherungsrisiko werden einzig und allein auf die Ärzte verlagert, statt - wie vom Gesetzgeber gefordert - von den Krankenkassen getragen.

Bei Fortsetzung dieser Entwicklung droht der finanzielle Kollaps von Arztpraxen und der flächendeckenden ambulanten Versorgung. Es werden Mitgliedsbeiträge für unsinnige Werbeaktionen und Verwaltungspaläste der Krankenkassen ausgegeben, während die ambulante Betreuung durch rigoroses Sparen gefährdet wird.

---

Es wird unsere Aufgabe sein, den Krankenkassenmitgliedern bzw. Beitragszahlern diese Fehlentwicklung augenscheinlich zu machen und damit die Entscheidung über die Mitgliedschaft bei beziehungsweise den Wechsel zu einer Krankenkasse zu beeinflussen.

Die Ärzteschaft des Altkreises Niesky  
im Niederschlesischen Oberlausitzkreis  
i.A. Dipl.-Med. Thomas Flämig  
Vorsitzender der Kreisärztekammer  
Niederschlesischer Oberlausitzkreis